



Telefon +41 (0)52 632 73 61  
Fax +41 (0)52 632 72 00  
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

## **Aus den Verhandlungen des Regierungsrates**

### ***Erhöhung des Kreditrahmens im Kantonalen Sozialfonds***

Der Kreditrahmen für kollektive Eingliederungsmassnahmen innerhalb des Kantonalen Sozialfonds soll auf 1,4 Mio. Franken erhöht werden. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat einen entsprechenden Nachtragskredit von 400'000 Franken.

Unter den kollektiven Eingliederungsmassnahmen werden Projekte zusammengefasst, welche der Förderung oder Erhaltung der Vermittlungsfähigkeit von arbeitslosen Personen dienen. Es können aber auch Anstellungsprogramme ausserhalb der schweizerischen Arbeitslosenversicherung finanziert werden. In diesem Bereich engagiert sich vor allem die Stiftung Impuls. Für diese Programme kommen ausschliesslich Personen in Frage, die nach der Aussteuerung von der Sozialhilfe unterstützt werden müssten. Dies bewirkt eine direkte Entlastung bei den Sozialhilfeausgaben und gibt den Betroffenen Gelegenheit, sich wieder ins Arbeitsleben einzugeöhnen, sich zu bewähren und so die Eingliederungschancen zu verbessern.

In diesem Jahr reicht der budgetierte Kredit von 1 Mio. Franken nicht aus, um die dringend notwendigen Programmplätze bis Ende Jahr zu finanzieren. Der hauptsächlich konjunkturelle wirtschaftliche Aufschwung genügt nicht, um die von Aussteuerung Betroffenen und Bedrohten im ersten Arbeitsmarkt aufzufangen. Allein in den ersten vier Monaten des Jahres 2006 gingen im Kanton Schaffhausen erneut wieder über 250 Arbeitsplätze verloren. Die Reintegration der Ausgesteuerten in den ersten Arbeitsmarkt wird dadurch zusätzlich massiv erschwert. Im Durchschnitt ging die Zahl der Langzeitarbeitslosen innerhalb eines Jahres von 256 auf 225 zurück. Auch nahm die durchschnittliche Zahl der monatlichen Neuzugänge bei den Aussteuerungen in der gleichen Periode von 32 auf 29 Personen ab. Dagegen stieg die Zahl der Bezüger von Anschlussstaggeldern von 112 auf 124 an.

Aus dieser Erhöhung des Kreditrahmens auf 1,4 Mio. Franken erwachsen dem Kanton keine zusätzlichen Kosten, da die Finanzierung innerhalb des kantonalen Sozialfonds geregelt ist. Das zu erwartende Defizit wird aus den Reserven des Sozialfonds gedeckt. Die Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmerbeiträge wurden auf Anfang 2006 erhöht. Eine weitere Erhöhung ist für den Regierungsrat kurz- und mittelfristig kein Thema.

### ***Schaffhausen tritt Vereinbarung über interkantonale Polizeieinsätze bei***

Der Regierungsrat hat den Beitritt des Kantons Schaffhausen zur Vereinbarung der Kantone über die interkantonalen Polizeieinsätze erklärt. Diese Verwaltungsvereinbarung regelt die Zuständigkeit, die Organisation und die Abgeltungen bei Ereignissen oder Anlässen, welche gesamtschweizerische Polizeiunterstützung erfordern. Kern der Vereinbarung ist unter anderem die Regelung der Abgeltung. Diese wurde auf 600 Franken pro Einsatzkraft und 24 Stunden festgelegt. Die Vereinbarung wurde von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren erarbeitet. Sie tritt in Kraft, sobald alle Kantone beigetreten sind.

### **Regierung des Kantons Uri zu Gast in Schaffhausen**

Am Mittwoch, 7. Juni 2006, empfängt der Schaffhauser Regierungsrat die Regierung des Kantons Uri zu einem offiziellen Besuch.

Neben einem allgemeinen Gedankenaustausch stehen ein Besichtigung der Schaffhauser Altstadt sowie eine Rheinschiffahrt auf dem Programm. Danach besuchen die beiden Regierungen das Gipsmuseum in Schleithelm. Den Abschluss bildet ein gemeinsames Nachtessen in Neunkirch. Die regelmässigen Kontakte über die Kantonsgrenzen hinweg leisten einen wertvollen Beitrag zur Erhaltung der föderalistischen Strukturen in der Schweiz. Sie tragen wesentlich zum besseren gegenseitigen Verständnis der kantonalen Standpunkte bei.

### **Regierung begrüsst neues Produktsicherheitsgesetz**

Der Regierungsrat äussert sich positiv zum neuen Bundesgesetz über die Produktsicherheit. Mit dem neuen Gesetz wird der Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Produkten verbessert. Daneben werden Handelshemmnisse, die zum Teil den grenzüberschreitenden Verkehr beeinflussen, abgebaut. Gleichzeitig werden die wichtigsten Unterschiede zur EU-Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit beseitigt. Damit wird ein hohes Schutzniveau der Konsumentinnen und Konsumenten erreicht, wie die Regierung in ihrer Vernehmlassung an das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement festhält.

Das neue Gesetz löst das 30 Jahre alte Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten ab. Das Gesetz gilt neu nicht mehr nur für technische Einrichtungen und Geräte, sondern für Produkte generell. Im Weiteren wird der Hersteller oder Importeur verpflichtet, nach dem Inverkehrbringen eines Produktes geeignete Massnahmen zu treffen, um Gefahren zu erkennen und die Vollzugsbehörden über die Gefahr zu informieren. Schliesslich können die Vollzugsbehörden neu entsprechende Massnahmen ergreifen.

### **Kanton verkauft zwei weitere Grundstücke in Stetten**

Der Regierungsrat hat zwei weitere Grundstücke des Kantons in Stetten verkauft. Sie befinden sich im Baugebiet Schalmenacker, welches von der Gemeinde Stetten neu erschlossen worden ist. Gleichzeitig wurde eine dem Kanton gehörende Liegenschaft in Beringen, ein ehemaliges Bauernhaus mit Ökonomiegebäude, veräussert. Die Verkäufe entsprechen der strategischen Immobilienbewirtschaftung des Kantons Schaffhausen. Danach sind Landreserven, die der Kanton nicht benötigt, zu veräussern.

### **Ersatzwahl Berufsbildungsrat**

Der Regierungsrat hat unter bester Verdankung der geleisteten Dienste vom Rücktritt von Bruno Leu, Neunkirch, als Mitglied des Berufsbildungsrates, der Aufsichtskommission des Berufsbildungszentrums sowie der Berufsmaturitätskommission Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied für den Rest der Amtsdauer 2005-2008 in allen drei Gremien wurde Thomas Maag, Beringen, gewählt.

Gleichzeitig hat der Regierungsrat als weiteres Mitglied im Berufsbildungsrat sowie in der Aufsichtskommission des Berufsbildungszentrums Eva Neumann-Macsai, Beringen, für den Rest der Amtsperiode 2005-2008 gewählt. Sie ersetzt Sabine Spross, die auf Ende April 2006 aus den beiden Gremien zurückgetreten ist.

Schaffhausen, 6. Juni 2006  
bis und mit Nr. 23/2006

*Staatskanzlei Schaffhausen*

21/2006